

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 25.03.2004, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23, Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.35 Uhr
Ende: 20.30 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Ernst
 Erster Bürgermeister Sauerzapf

Von den Stadträten: Appel, Hans
 Bader, Richard
 Balzer, Brigitte
 Bernhard, Walter
 Felden, Claudia
 Frühwirt, Ralf
 Gruler, Monika
 Hellinger, Horst
 Jäkel, Siegward ab 18.50 Uhr
 Jundt, Günter
 Kalischko, Kai-Uwe
 Kohr, Hans-Jürgen
 Kohr, Jürgen
 Kopani, Franz
 Kraft, Hans-Georg
 Krauth, Wolfgang bis 21.05 Uhr
 Miltner, Bernhard
 Mühlböck, Hans-Jürgen
 Dr. Müller, Erich ab 18.40 Uhr
 Rajki, Laszlo
 Reinig, Michael
 Rückemann, Gerhard
 Dr. Sandner, Peter
 Scheurig, Petra ab 18.50 Uhr
 Steinle, Brigitte
 Stern, Wolfgang
 Sterzenbach, Dieter
 Veit, Edgar
 Weber, Helene
 Weese, Margarete
 Woesch, Rudolf
 Zeitler, Josef

Entschuldigt: Mackert, Siegfried krank
 Stather, Alfred beruflich verhindert
 Wagner, Karl-Heinz familiär verhindert

Von der Verwaltung:

- 06 Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf
- 1 Stadtverwaltungsrat Börgerding
- 1.02 Stadtbrandamtmann Nelius
- 1.2 Stadtamtsrat Berggold
- 1.6 Angestellter Pieper
- 2 Angestellter Lange
- 3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
- 6 Stadtamtmann Mächtlen
- 8 Angestellter Kuhn
- 14 Stadtamtsrat Heinzmann

Stadtoberinspektor Ullrich
Protokollführer

TAGESORDNUNG

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 25.03.2004, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23, Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 26/2004 |
| 4. | Verträge
Abschluss eines Mietvertrages mit dem ARV | 27/2004 |
| 5. | Gasversorgung
Konzessionsvertrag | 28/2004 |
| 6. | Straßen
Widmung von Straßen und Plätzen | 29/2004 |
| 7. | Verordnungen
Landschaftsschutzgebiet „Bergstraße Süd“
Anhörung der Gemeinden nach § 59 (1) NatSchG | 30/2004 |
| 8. | Regionalplan Unterer Neckar
Teilfortschreibung Windenergie
Beteiligung der Planungsträger nach § 12 (2) LplG | 31/2004 |
| 9. | Freibad
Sachstandsbericht | 32/2004 |
| 10. | Feuerwehr
Erweiterungsbau Abt. Leimen | 33/2004 |
| 11. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Ernst

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Gäste im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen, das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwendungen gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

1. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst

ruft die Protokolle Nr. 1 vom 29.01.2004, Nr. 2 vom 12.02.2004 und Nr. 3 vom 19.02.2004 auf. Urkundspersonen für Nr. 1 ist Stadtrat Kohr J., für Nr. 2 die Stadträte Kalischko und Zeitler und für Nr. 3 die Stadträte Gruler und Reinig. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Bernhard und Rajki benannt.

3. Gemeinderat

26/2004

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Gemeinderat)

Die bekannt gegebenen Beschlüsse der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 19.02.2004 werden zur Kenntnis genommen.

4. Verträge

27/2004

Abschluss eines Mietvertrages mit dem ARV

Oberbürgermeister Ernst
erläutert die Vorlage.

Stadtrat Zeitler

erklärt, dass Vertreter seiner Fraktion die vorgelegten Unterlagen des ARV geprüft hätten und mehrheitlich zu der Auffassung gelangt seien, dass es sich bei der Organisation um einen Verein handle, der auch dringend die genutzten Räume benötige.

Stadtrat Reinig
schließt sich diesen Ausführungen an und bezeichnet den ARV als förderungswürdig. Er möchte zusätzlich wissen, welche Räume vermietet worden seien.

Oberbürgermeister Ernst
nennt hier das gesamte Haus.

Stadtrat Dr. Sandner
spricht sich für eine städtische Unterstützung des Vereins aus.

Stadtrat Woesch
sieht im ARV eine rein soziale Einrichtung.

Stadträtin Felden
sieht dies genauso und betont die Bedeutung der Einrichtung.

Stadtrat Kohr J.
plädiert auch dafür, den ARV als Verein zu betrachten.

Stadtrat Dr. Müller nimmt ab 18.40 Uhr an der Sitzung teil.

Mit 1 Enthaltung (Stadträtin Gruler) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Verträge)

Der ARV Rhein-Neckar e.V. ist als Verein zu bewerten und der Mietvertrag rückwirkend zum 01.01.03 dementsprechend abzuschließen.

5. Gasversorgung
Konzessionsvertrag

28/2004

Mit 1 Enthaltung (Stadtrat Rajki) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gasversorgung)

Dem vorliegenden Gaskonzessionsvertrag (incl. Bestimmungen zur technischen Abwicklung) mit den Stadtwerken Heidelberg wird zugestimmt.

6. Straßen Widmung von Straßen und Plätzen

29/2004

Die Stadträte Scheurig und Jäkel nehmen ab 18.50 Uhr an der Sitzung teil.

Stadtrat Dr. Sandner

ist grundsätzlich für die Vorlage, möchte aber sichergestellt wissen, dass die Widmung für die Anwohner keine nachteiligen finanziellen Auswirkungen hat.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

weist darauf, dass Beiträge entweder bereits erhoben wurden oder darauf hingewiesen wurde, dass solche noch ausstehen. Dies sei aber unabhängig von der Widmung.

Stadtrat Appel

ist ebenfalls für die Vorlage, möchte aber wissen, ob nun alle Straßen und Durchgänge erfasst seien.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

antwortet, dass es für mehrere Wege privatrechtliche Regelungen gebe.

Stadtrat Veit

will der Vorlage nicht folgen. Seit 25 Jahren lebe man mit dem jetzigen Zustand, er sieht daher keinen Regelungsbedarf, zumal er nicht glaubt, dass es keine Kosten gebe.

Mit 1-Nein-Stimme (Stadtrat Veit) ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Straßen)

Der Widmung nach § 5 Straßen-Gesetz der folgenden Straßen und Plätzen wird zugestimmt:

Leimen-Mitte:

- Centgasse
- Georgi-Marktplatz
- Im Bubenwingert
- Kirchheimer Weg
- Marktgasse
- Sanser Fußweg
- Sanserweg
- Torgasse (teilweise)
- Turmgasse (Ausschnitt Römerstraße)
- Vogtgasse

St. Ilgen

- Abt-Johannes-Weg
- Am Güterbahnhof
- Am Rondell
- Hans-Thoma-Straße
- Im Probsterwald

- Kurlandstraße
- Leonie-Wild-Weg
- Philipp-Stumpf-Straße
- Ringstraße
- Schillerstraße (teilweise)
- Schlesierstraße

Gauangelloch

- Birkenhofstraße
- Am Angelbach (teilweise)
- Am Bildstock
- Am Römerhof
- Bildäckerweg
- Am Gickelsberg
- Talblick
- Schlossbergstraße

7. **Verordnungen**

30/2004

Landschaftsschutzgebiet „Bergstraße Süd“

Anhörung der Gemeinden nach § 59 (1) NatSchG

Oberbürgermeister Ernst
erläutert die Vorlage.

Stadtrat Reinig

gibt im Namen seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

„In Baden-Württemberg werden täglich ca. 10,6 ha Freiland verbaut, das entspricht in etwa 15 Fußballfeldern. Die Fläche, die in den letzten 50 Jahren verbraucht wurde, ist so groß wie die Fläche, die bis dahin verbraucht wurde.“ Das sind keine grünen Horrorszenarien, sondern Auszüge aus dem offiziellen Bericht des Nachhaltigkeitsbeirates unserer CDU/FDP-Landesregierung. Sorge bereitet dem Beirat dabei nicht allein der Verlust wertvoller Flächen für den Arten- und Biotopschutz sondern auch für den Ackerbau. Der Flächenverbrauch muss daher nach Ansicht des Beirates drastisch verringert werden. Warum sage ich das?

Nun, heute geht es um die Abgrenzung des Landschaftsschutzgebiets „Bergstraße Süd“ für die Gemarkung Leimen. Es geht darum, Bauentwicklungen zu begrenzen und bei der Ausweisung von Straßen erhöhte Ausgleichsmaßnahmen einzufordern. Die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes steht in der Skala der Schutzwürdigkeiten an unterster Stelle. Was es zu schützen gilt ist daher auch nicht die Naturlandschaft – die gibt es in unserer Region schon lange nicht mehr -, was geschützt werden soll, ist vielmehr die über Jahrhunderte hinweg gewachsene Kulturlandschaft. Es geht um die Erhaltung der landschaftstypischen Merkmale der Naturräume Hardtebene, Bergstraße, Sandstein-Odenwald und Kraichgau, die hier bei uns in nahezu einmaliger Weise aufeinander treffen. Jedes dieser Gebiete hat charakteristische Nutzungsmerkmale aufzuweisen, wie z. B. die Bergstraße mit ihrer kleinräumlichen Abfolge von Wingerten, Obstgärten, Hangterrassen, Flurgehölzen usw.

Durch das Zusammenwachsen der Städte und Gemeinden speziell in der Rheinebene, aber auch durch den sozialen Wandel in unserer Gesellschaft ist davon schon vieles verloren gegangen. Das wenige, was sich gehalten hat, sollte zumindest planungsrechtlich gesichert werden. Wir selbst haben dieses kulturelle Erbe noch relativ intakt erleben können. Wir sollten den nachfolgenden Generationen wenigstens einen Teil davon bewahren. In unserem verdichteten Raum und unserem immer dichteren Berufsalltag wird aber noch ein anderer Aspekt immer wichtiger: Die Bereitstellung von unverbauten Flächen zum Zwecke der Erholung und Entspannung.

Daher geht unser Plädoyer eindeutig dahin, der Ausweisung dieses Landschaftsschutzgebietes zuzustimmen. Entgegen dem Verwaltungsvorschlag soll der Bereich Engelsbrunnen westlich der L 594 allerdings im Beschlussvorschlag enthalten sein. Er steht in dem o. g. Ensemble beispielhaft für die Niederungslandschaft der Hardtebene und als solche wollen wir ihn auch gewürdigt wissen. Unser erweiterter Antrag lautet daher: „Der geplanten Abgrenzung des Landschaftsschutzgebiets „Bergstraße Süd wird zugestimmt.“

Stadtrat Hellinger

hat errechnet, dass das neue Landschaftsschutzgebiet rund 45% der Gesamtmarkung ausmachen und sich damit mehr als verdreifachen würde. Dies bedeute eine zu große Belastung und schränke die Entwicklung der Ortsteile zu sehr ein. Gleichzeitig würden die betroffenen Grundstücke durch die zu erwartenden Auflagen an Wert verlieren und damit letztendlich verwildern. Auch sei eine Verpflichtung auf insgesamt 25 Jahre zu lang.

Stadtrat Dr. Sandner

warnet davor, ein Landschaftsschutzgebiet mit einem Naturschutzgebiet zu verwechseln. Die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung sei nach wie vor möglich, auch könnten bereits bestehende bauliche Anlagen weiterhin bestehen bleiben. Von daher könne seine Fraktion die vorgebrachten Bedenken nicht nachvollziehen und stimme für die Vorlage, da sie die bestehende Kulturlandschaft als schützenswert ansehe.

Stadtrat Woesch

macht auf einen falschen Gedankenansatz aufmerksam. Von Seiten der Stadt gehe es nur um eine Empfehlung. Die letzte Entscheidung werde im Landratsamt getroffen, darauf habe die Stadt letztendlich aber keinen Einfluss. Er hält allerdings die vorgesehene Zeitdauer von 25 Jahren ebenfalls für zu lang und spricht sich dafür aus, auch die Ostseite der L 594 bis zur Waldgrenze einzubeziehen.

Stadträtin Felden

erklärt, dass man sich mit der Vorlage schwergetan habe. Prinzipiell sei man zwar dafür, sehe aber das Problem in der ordnungsgemäßen Nutzung. Es könne nicht sein, dass ein Landwirt eine Genehmigung brauche, wenn er seine Wiese in einen Acker oder umgekehrt umwandeln wolle. So etwas werde man nicht mittragen.

Oberbürgermeister Ernst

verdeutlicht noch einmal, dass die Stadt nur eine Empfehlung abgeben könne, die Entscheidung selbst aber das Landratsamt treffe.

Stadtrat Kohr J.

möchte wissen, was im Falle von etwaigen Einsprüchen passiere.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass diese getrennt von der Empfehlung der Stadt zu sehen sind.

Stadträtin Steinle

macht deutlich, dass ihre Fraktion nicht grundsätzlich gegen ein Landschaftsschutzgebiet sei. Man habe bereits derzeit etwa 20-25% der Gemarkung als schutzwürdig ausgewiesen. Nun wolle man dies aber auf rund 45% ausdehnen, für die dann stark einschränkende Vorschriften gelten würden. Daher wolle man einer Ausweitung nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Müller

stimmt dem zu. Man müsse vor allem den Landwirten und dem Weinbau einen Bestandsschutz einräumen, er appelliert daher an alle, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Stadtrat Miltner

ergänzt, dass die betroffenen Flächen durch die Einschränkung stark an Wert verlieren würden.

Stadtrat Zeitler

wirft der Verwaltung vor, nicht für die Zukunft zu planen. Ein Vorschlag sei zu wenig, um eine Entscheidung treffen zu können. Eine Ausweitung der Fläche auf 45% stranguliere die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt.

Stadtrat Stern

schlägt als Kompromiss vor, eine nicht so ganz so umfangreiche Vergrößerung vorzunehmen und mit dem Landratsamt abzustimmen. Er habe seine Vorschläge von etwa 30-35% auf einer Karte eingezeichnet.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

weist den Vorwurf von Stadtrat Zeitler zurück. Die Verwaltung habe alle Empfehlungen des Gemeinderats im Flächennutzungsplan berücksichtigt. Wenn man weitere Wünsche habe, müsse man diese angeben, nur ablehnen sei nicht hilfreich.

Oberbürgermeister Ernst

will die Karte von Stadtrat Stern an die anderen Fraktionen verteilen lassen. Obwohl er dadurch Probleme hinsichtlich der Einhaltung von Fristen sieht, fragt er, ob die Vorlage vertagt werden soll, da offensichtlich kein einheitliches Meinungsbild besteht.

Stadtrat Stern

ist der Meinung, dass jede Fraktion ihre Wünsche und Vorstellungen zeichnerisch darlegen solle. Eine vollständige Ablehnung halte er für falsch.

Stadtrat Appel

ist der Auffassung, dass eine Ausweitung der Fläche die weitere Entwicklung Leimens behindere. Selbst die Ausweisung von Biotopen oder Aufforstungen wären dann nicht mehr möglich.

Stadtrat Dr. Sandner

erinnert daran, dass der Gemeinderat selbst den zugrunde liegenden Flächennutzungsplan beschlossen habe, von einer Strangulierung könne daher keine Rede sein. Die genannten Vorhaben seien auch nicht verboten, sondern lediglich genehmigungspflichtig. Da man in den letzten Jahren viel überbaut habe, solle man nun auch möglichst viel der verbliebenen Fläche schützen.

Stadtrat Frühwirt

hält die bisherigen Begründungen gegen eine Ausweitung für wenig stichhaltig. Nicht die Frage der Größe des Gebietes sei wichtig, sondern die Frage, was überhaupt schutzwürdig sei.

Stadtrat Zeitler

hält seine Kritik aufrecht. In die Vorlage hätten die Überlegungen der Verwaltung hinsichtlich der Städteplanung einfließen müssen.

Oberbürgermeister Ernst

stellt hierzu fest, dass sich der Entwurf an den vom Gemeinderat getroffenen Entscheidungen orientiere.

Stadtrat Kohr J.

möchte wissen, ob vorgebrachte Änderungswünsche berücksichtigt würden.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

antwortet, dass man dies nicht sagen könne.

Mit 17 Ja-Stimmen (Stadträte Appel, Bader, Bernhard, Gruler, Hellinger, Kohr H.-J., Kopani, Kraft, Miltner, Mühlböck, Dr. Müller, Rückemann, Steinle, Weese, Zeitler, Felden und Kalischko)) und 16 Nein-Stimmen (Oberbürgermeister Ernst, Balzer, Frühwirt, Jäkel, Jundt, Kohr J., Krauth, Rajki, Reinig, Dr. Sandner, Scheurig, Stern, Sterzenbach, Veit, Weber und Woesch) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Verordnungen)

Der geplanten Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Bergstraße – Süd“ wird nicht zugestimmt.

8. Regionalplan Unterer Neckar

31/2004

Teilfortschreibung Windenergie

Beteiligung der Planungsträger nach § 12 (2) LplG

Mit 3 Nein-Stimmen (Stadträte Frühwirt, Scheurig und Jäkel) und 1 Enthaltung (Stadtrat Reinig) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Regionalplan Unterer Neckar)

Seitens der Stadt Leimen werden keine Bedenken und Anregungen zu der 2. Teilfortschreibung des Regionalplans Unterer Neckar, Kapitel 5.7.1. Windenergie, Planungsstand März 2004, vorgebracht.

9. Freibad

32/2004

Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Ernst

schildert den bisherigen Sachstand. Der Vertrag mit Ernst + Young sei abgeschlossen, hier habe man durch Nachverhandlungen noch günstigere Bedingungen erreichen können. Um die Ausschreibung fertig stellen zu können, werde man am 22.04.2004 eine nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderats einberufen.

Stadtrat Zeitler

möchte wissen, welchen Umfang das vorgesehene Beratergremium haben wird.

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass derzeit lediglich Mitarbeiter der Verwaltung beteiligt seien, sobald man konkrete Vorgaben habe, werde man selbstverständlich auch Mitglieder des Gemeinderates einbinden.

Stadtrat Frühwirth

fragt, ob dem Gemeinderat die vollständigen Ausschreibungsunterlagen vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Ernst

bestätigt dies. Allerdings könne der endgültige Text nicht vom Gemeinderat bestimmt werden, hierdurch gehe zuviel Zeit verloren.

Stadträtin Steinle

möchte wissen, ob das Vorhaben bis 2005 realisiert werden kann.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man eine schnellstmögliche Umsetzung anstrebe. Allerdings seien Fristen zu beachten, hinzu kommen die bevorstehenden Wahlen und natürlich auch die Sommerpause.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

verdeutlicht, dass es sich um ein zweistufiges Verfahren handle. Erst käme der Teilnehmerwettbewerb, dann die eigentlichen Unterlagen.

Stadtrat Jäkel

möchte den Grund für die nichtöffentliche Behandlung am 22. April wissen.

Oberbürgermeister Ernst

erklärt, dass es um die Festlegung der Ausschreibungsinhalte und -bedingungen gehe.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Freibad)

Der mündlich vorgetragene Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

10. Feuerwehr

33/2004

Erweiterungsbau Abt. Leimen

Erster Bürgermeister Sauerzapf schildert den Sachverhalt.

Stadtrat Kohr H.-J.

erklärt die Zustimmung seiner Fraktion und möchte wissen, ob die Zuschüsse für 2004 abrufbereit sind.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

antwortet, dass man die Zuschüsse erst abrufe, wenn Ausgaben getätigt würden. Die Mittel stünden seit 2003 zur Verfügung. Bisher habe man jedoch geringere Ausgaben gehabt, daher verringerten sich wohl auch die Zuschüsse. Die Dauer der Maßnahme hänge im übrigen von der Eigenleistung der Feuerwehr ab.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die öffentliche Ausschreibung der Rohbauarbeiten durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag nach vorhergegangener Prüfung dem annehmbarsten Bieter zu erteilen.
3. Der Gemeinderat ist über das Ergebnis der Submission und der daraus resultierenden Auftragsvergabe zu informieren.

11. Verschiedenes

Erster Bürgermeister Sauerzapf

gibt bekannt, dass der Bau der Erdgasleitung verschoben wird, da weitere Trassen geprüft werden.

Stadtrat Krauth

erkundigt sich, ob es im zur Schließung anstehenden Übergangwohnheim ein Belegungsrecht der Stadt gebe.

Oberbürgermeister Ernst

verneint dies.

Stadtrat Krauth

möchte wissen, ob die städtischen Mittel für die Tennisspiele, in deren Rahmen die Staatsanwaltschaft nun ermittle, von den Beteiligten zurückverlangt würden.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass dies geprüft werde, allerdings sei die Rechtslage kompliziert.

Stadtrat Bader

fragt, ob Teile des Alois-Lang-Saales zu Schulräumen umgebaut würden.

Oberbürgermeister Ernst

bestätigt den zunehmenden Platzbedarf der Grundschule, ein Umbau des Saales sei aber nicht geplant.

Stadtrat Kohr J.

erkundigt sich, ob die Bauarbeiten in der Geheimrat-Schott-Straße zeitgerecht verliefen. Anwohner hätten sich beklagt, dass nie Arbeiter zu sehen seien und eine fristgerechte Fertigstellung bezweifelt.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

bestätigt, dass man trotz kleinerer Verzögerungen im Plan liege.

Stadtrat Stern

verweist auf ein Schreiben an die Anwohner vom September 2003, in dem von einer Bauzeit von etwa 7 Monaten gesprochen worden sei. Dies würde bedeuten, dass man im April 2004 fertig sein müsste, was wohl nicht eingehalten werden könne. manchmal seien tagelang keine Arbeiter zu sehen, auch die Zufahrten seien schlecht.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man dem nachgehen werde, im übrigen sei vom Baubeginn am 29.09.2003 und von 10 Monaten Dauer – witterungsabhängig – die Rede gewesen.

Stadtrat Kohr H.-J.

möchte wissen, was nun mit dem Bahnhofsgebäude St. Ilgen passieren solle. Er möchte zudem wissen, woher die Bahnsteigansagen kommen.

Oberbürgermeister Ernst

berichtet von einem vor zwei Wochen stattgefundenen Gespräch mit Verantwortlichen der Bahn, das auf Drängen der Stadt zustande gekommen ist. Die Bahn wird eine interne Klärung offener Punkte anstreben. Die Ansagen kommen seines Wissens zentral von einem Band.

Stadträtin Gruler

möchte wissen, ob die Holzhäuser verkauft worden seien.

Oberbürgermeister Ernst

verneint dies.

Stadtrat Frühwirt

sieht bei einer Auflösung des Übergangwohnheims und der damit verbundenen Beendigung der Betreuung große Probleme auf die Stadt zukommen und fragt, ob Pläne für die Zukunft vorliegen.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm

antwortet, dass die entsprechenden Mittel verringert worden seien. Derzeit arbeite man an einem neuen Konzept mit neuen Schwerpunkten, beispielsweise der Spracherziehung.

Stadträtin Steinle

spricht die bevorstehenden Kürzungen der Zuschüsse des Landes an die HSB und der damit verbundenen Erhöhung des Defizitanteils der Stadt an und erkundigt sich, welche Pläne die Stadt hier habe.

Oberbürgermeister Ernst

verweist auf die bereits in diesem Jahr stattgefundenen drastischen Einschnitte, denen sicher weitere folgen müssten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Ernst um 20.30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Ernst
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadtrat Bernhard

Stadtrat Rajki